

A 1 – 55/2006-14
A 8 K 20172/06-5

Graz,
Dr. Ka/Gr

Dienstpostenplan 2007

ÖFFENTLICH!

BerichterstellerIn:

.....

B e r i c h t a n d e n G e m e i n d e r a t

Der aktuelle Dienstpostenplan wurde zuletzt mit Gemeinderatsbeschluss vom 29.6.d.J., mit dem die Bewertungsergebnisse aus dem Reformprojekt F.A.I.R. im Wege der auf breiter Ebene erfolgten Neubewertung von Dienstposten Berücksichtigung gefunden haben, abgeändert. Diese Novellierung des Dienstpostenplans ist mit 1.7.2006 in Kraft getreten.

Zum 1.1.2007 ist eine Aktualisierung des Dienstpostenplans beabsichtigt. Die LeiterInnen der städtischen Magistratsabteilungen wurden Ende September ersucht, dem Personalamt die aus der Sicht der Abteilungen bestehenden Anpassungserfordernisse bekannt zu geben, wobei seitens des Personalamtes im Hinblick auf die anhaltend angespannte budgetäre Lage der Stadt Graz ausdrücklich auf das Gebot einer sparsamen Personalbewirtschaftung hingewiesen wurde. In dem Zusammenhang wurde auch die Notwendigkeit herausgestrichen, die Gestaltung des Dienstpostenplans im Lichte der den Abteilungen zugeordneten Personalkosten-Eckwerte zu sehen, mit dem Hinweis, dass die Nachbesetzung von freien bzw. frei werdenden Dienstposten grundsätzlich nur bei Vorliegen einer entsprechenden Bedeckung im jeweiligen Abteilungs-Eckwert-Budget erfolgen kann. In diesem Sinne wurde auch die Leitlinie vorgegeben, dass eine Vermehrung der auf Grund des geltenden Dienstpostenplans einer Abteilung zur Verfügung stehenden Dienstposten nur im begründeten Ausnahmefall möglich ist.

Nach Maßgabe der von den Magistratsabteilungen übermittelten Anträge bzw. Unterlagen wurde vom Personalamt der Entwurf einer Abänderung des Dienstpostenplans erarbeitet, der folgende Inhalte aufweist:

- Einsparungen von freien Dienstposten, die von den Magistratsabteilungen getragen werden;
- Anpassungen an aktuelle personalwirtschaftliche Gegebenheiten, insbesondere im Zusammenhang mit der Verschiebung von Aufgabenbereichen zwischen den Abteilungen;
- Übernahme von Dienstpostenbewertungen nach Maßgabe der Grundsätze des Projektes F.A.I.R.; davon betroffen sind insbesondere die Funktionen „Kanzleileiter“ und „Chefsekretärin“ sowie die Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr;

- Korrekturen von F.A.I.R.-Bewertungen auf Grund von Sachverhalten, die nach dem 1.7.2006 erkennbar wurden;
- Neuschaffungen von Dienstposten im unumgänglich erforderlichen Ausmaß; unter diesem Gesichtspunkt ist insbesondere der Bereich des Amtes für Jugend und Familie hervor zu streichen, der eine Aufstockung im Ausmaß von 28 Dienstposten erfahren soll; zu nennen ist weiters die Einrichtung von drei zusätzlichen Dienstposten im Straßenamt auf Grund der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung;
- Setzung von sogenannten „Einziehungssternen“ auf Dienstposten jener MitarbeiterInnen, die in der zweiten Jahreshälfte 2006 strukturbedingt dienstfreigestellt wurden.

Zahlenmäßig beinhaltet der vorliegende Entwurf die Neuschaffung von 53 Dienstposten, die Einziehung von 25 Dienstposten, 31 Dienstposten-Aufwertungen, 8 Abwertungen, die Verankerung von 1 „Abwertungsstern“ sowie von 7 „Einziehungssternen“.

Die Verteilung der Dienstposten des Magistrates (exklusive der Geriatrischen Gesundheitszentren und der Wirtschaftsbetriebe) stellt sich nach Maßgabe des Entwurfs wie folgt dar:

	DPPL 2007	DPPL dzt.
Dienstposten insgesamt	2.984	2956
davon:		
Schema II/IV	2.283	2250
hiervon TB-Dienstposten	1	2
Schema I/III	535	540
Geschützte Arbeitsplätze	166	166
Abgeordnete Bedienstete zur Grazer Stadtwerke AG		
Schema II/IV	2	2
Schema I/III	20	21
Ausbildungsplätze für Lehrlinge	60	60

Die entsprechend den im vorliegenden Entwurf vorgesehenen Änderungen zu setzenden Personalbewirtschaftungsmaßnahmen werden im Jahr 2007 mit Mehrkosten von rund € 620.000,- verbunden sein. Diese Mehrerfordernisse sind in den Personalkosten-Eckwerten der Abteilungen berücksichtigt und finden somit ihre Deckung im Sammelnachweis 1 des Voranschlages 2007.

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte, und der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellen sohin den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem in der Anlage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des Dienstpostenplans 2007 wird zugestimmt. Der Dienstpostenplan tritt mit 1.1.2007 in Kraft.

Die Sachbearbeiterin:

(Monika Merker)

Der Abteilungsvorstand
des Personalamtes:

(Dr. Kalcher)

Der Finanzdirektor:

(Dr. Kamper)

Der Stadtsenatsreferent
für das Personalwesen:

(Bürgermeister Mag. Nagl)

Der Finanzreferent:

(Stadtrat Dr. Riedler)

Angenommen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte am

Der Vorsitzende:

Angenommen in der Sitzung des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses am

Die Vorsitzende:

Der Zentralausschuss der Bediensteten der Stadt Graz hat dem vorliegenden Entwurf gem. § 10 Abs. 2 G-PVG am seine Zustimmung erteilt.

Der Antrag wurde in der heutigen öffentl. nicht öffentl. **Gemeinderatssitzung**

bei Anwesenheit von ... GemeinderätInnen

einstimmig mehrheitlich (mit ... Stimmen / ... Gegenstimmen) **angenommen.**

Beschlussdetails
siehe Beiblatt Graz, am Der/Die SchriftführerIn: